

Gemeinde Lindern

-Der Bürgermeister-



Hauptsatzung der Gemeinde Lindern (Oldb)

Aufgrund des § 12 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576) hat der Rat der Gemeinde Lindern (Oldb) in seiner Sitzung am 14.12.2011 folgende Hauptsatzung beschlossen:

§ 1

Name (Bezeichnung, Rechtsstellung)

1. Die Gemeinde führt den Namen "Gemeinde Lindern (Oldb)".
2. Sie hat die Rechtsstellung einer kreisangehörigen Gemeinde.

§ 2

Hoheitszeichen, Dienstsiegel

1. Das Wappen der Gemeinde Lindern (Oldb) zeigt eine grüne Linde im weißem Feld mit einem kleinen Hoheitsschild gelb-rot.
2. Das Dienstsiegel enthält das Wappen der Gemeinde und die Umschrift "Gemeinde Lindern (Oldb)".

3. Die Gemeindeflagge zeigt in drei gleich breiten Querstreifen von oben nach unten die Farben Grün, Weiß, Grün, in der Mitte auf dem weißen Streifen, je bis zu einem Drittel übergreifend, das Gemeindewappen.
4. Die Gemeindeflagge kann auch als Gemeindebanner geführt werden.
5. Die Verwendung des Namens und des Wappens der Gemeinde Lindern ist nur mit Genehmigung zulässig.

§ 3

Wertgrenzen

1. Über Rechtsgeschäfte nach § 58 Abs. 1 Nr. 14 NKomVG beschließt der Rat, wenn der Vermögenswert 10.000,00 € übersteigt. Über ein Rechtsgeschäft, das den Wert von 2.500 Euro nicht überschreitet, entscheidet der Bürgermeister, bis zu einem Vermögenswert von 10.000 Euro beschließt der Verwaltungsausschuss. Der Verkauf von Bauplätzen in den Baugebieten obliegt dem Bürgermeister als Geschäft der laufenden Verwaltung. Der Rat ist über den Verkauf von Bauplätzen unverzüglich zu unterrichten.
2. Über Verträge der Gemeinde mit Ratsmitgliedern, sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen oder dem Bürgermeister nach § 58 Abs. 1 Nr. 20 NKomVG beschließt der Rat, wenn es sich nicht um Verträge aufgrund einer förmlichen Ausschreibung oder um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt, deren Vermögenswert 2.000 Euro nicht übersteigt.
3. Abgrenzung der Geschäfte der laufenden Verwaltung:
Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung zählen solche, die nicht grundsätzlicher, über den Einzelfall hinausgehender Bedeutung sind und deshalb eine besondere Beurteilung erfordern, sondern mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederkehren, nach feststehenden Verwaltungsregeln erledigt werden und für die Gemeinde sachlich und finanziell nicht von erheblicher Bedeutung sind.

Dazu gehören insbesondere:
 - a) die nach feststehenden Tarifen, Richtlinien, Ordnungen usw. abzuschließenden oder regelmäßig wiederkehrenden Geschäfte des täglichen Verkehrs,

b) Rechtsgeschäfte oder Verwaltungshandlungen, die in Durchführung bundes-, landes- oder ortsrechtlicher Bestimmung vorgeschrieben oder zulässig sind, Heranziehung zu Gemeindeabgaben, Erteilung von Prozessvollmachten oder Löschungsbewilligungen, Einreichung von Klagen vor Gerichten und Einlegung von Rechtsmitteln, Erteilung von Abtretungs- und Vorrangseinräumungen,

c) sonstige Rechtsgeschäfte, bei denen im Einzelnen folgende Wertgrenzen nicht überschritten werden:

- überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 117 NKomVG und überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 119 Abs. 5 NKomVG gelten als unerheblich:
 - bei Baumaßnahmen grundsätzlich bis zu 1.500,00 €, darüber hinaus bis zu 10 % des Haushaltsansatzes, höchstens jedoch 15.000,00 €,
 - bei den übrigen Ausgaben grundsätzlich bis zu 1.500,00 €, darüber hinaus bis zu 10 % des Haushaltsansatzes, höchstens jedoch 5.000,00 €,
- bei Zustimmung zu außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 117 NKomVG bis zu 1.500,-- Euro; bei Baumaßnahmen bis zu 5.000,00 €
- bei Niederschlagungen 10.000,-- €, bei Beträgen über 3.000,-- € ist der Verwaltungsausschuss zu unterrichten
- bei Erlass von Forderungen 1.000,00 €.
- bei Stundungen von Forderungen bis zu sechs Monaten unbegrenzt. Bei Stundungen ab 100.000,-- € hat die Verwaltung den Verwaltungsausschuss zu unterrichten.
- bei Stundungen von Forderungen bis zu einem Jahr 15.000,-- €.
- bei Vergabe/Verträge über Lieferungen und Leistungen im Rahmen des Haushaltsplanes bis zu 50.000,-- €. Bei Vergaben ab 10.000,-- € hat die Verwaltung den Verwaltungsausschuss zu unterrichten.
- Vermietung und Verpachtungen, soweit die Jahresmiete oder Jahrespacht 5.000,-- € nicht übersteigt.
- Erwerb von Grundstücken im Rahmen des Haushaltsplanes, die den Wert von 5.000,-- € nicht übersteigen.

4. Gemäß § 107 Abs. 4 NKomVG werden dem Bürgermeister folgende Angelegenheiten übertragen:

- Einstellung, Eingruppierung und Entlassung von befristet Beschäftigten bis zur Entgeltgruppe 8 TVöD im Rahmen des Stellenplans.

§ 4

Fraktionen und Gruppen im Rat

1. Fraktionen sind Zusammenschlüsse von mindestens 2 Ratsmitgliedern, die der gleichen Partei oder Wählergruppe angehören.
2. Gruppen sind andersartige Zusammenschlüsse von mindestens zwei Ratsmitgliedern.
3. Auch Fraktionen können sich zu einer Gruppe zusammenschließen. Die Gruppe hat anstelle der beteiligten Fraktionen sämtliche Rechte und Pflichten nach dem NKomVG.
4. Fraktionen und Gruppen haben ihre Bildung, Umbildung und Auflösung sowie ihre Mitglieder sofort dem Ratsvorsitzenden schriftlich anzuzeigen und dabei ihren Vorsitzenden anzugeben. Der Ratsvorsitzende unterrichtet unverzüglich den Rat sowie den Bürgermeister.

§ 5

Verwaltungsausschuss

Jedes Ratsmitglied ist berechtigt, an den Sitzungen des Verwaltungsausschusses als Zuhörer teilzunehmen.

§ 6

Vertreter des Bürgermeisters

Der Bürgermeister wird in Angelegenheiten nach § 81 Abs. 2 NKomVG durch den oder die stellvertretenden Bürgermeister vertreten.

§ 7

Einwohnerversammlungen

1. Der Bürgermeister unterrichtet die Einwohner in öffentlichen Sitzungen des Rates sowie in Pressemitteilungen über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde.

2. Der Bürgermeister unterrichtet die Einwohner in Einwohnerversammlungen für die ganze Gemeinde oder für Teile des Gemeindegebietes rechtzeitig und umfassend über die Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen bei wichtigen Planungen und Vorhaben der Gemeinde. Dabei haben die Einwohner Gelegenheit zu Fragen und zur Meinungsäußerung und Anspruch auf Erörterung. Weitergehende Vorschriften über förmliche Beteiligungs- und Anhörungsverfahren bleiben unberührt.

§ 8

Beschwerden an den Rat

1. Jede Person hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen und Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat zu wenden. Der Bürgermeister leitet an den Rat gerichtete Eingaben sowohl an diesen als auch die sonst zuständige Stelle weiter. Der Rat kann die Erledigung dem Verwaltungsausschuss übertragen. Der Bürgermeister unterrichtet den Antragsteller über die Art der Erledigung.
2. Nicht ausdrücklich an den Rat gerichtete Anregungen oder Beschwerden erledigt die zuständige Stelle. Der Bürgermeister entscheidet über die Unterrichtung des Rates.
3. Für die Erledigung der Angelegenheiten gelten die Zuständigkeitsregelungen des NKomVG sowie dieser Satzung. Der Antragsteller ist über die Art der Erledigung der Angelegenheit zu unterrichten. Sind Anregungen und Beschwerden von mehr als drei Personen unterzeichnet, so ist von den Antragstellern eine Person zu benennen, die berechtigt ist, sie zu vertreten.

§ 9

Bekanntmachungen

1. Satzungen, Verordnungen, Genehmigungen von Flächennutzungsplänen und öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde Lindern werden in der "Münsterländischen Tageszeitung" veröffentlicht.
2. Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteile einer Satzung oder Verordnung, so kann die Bekanntmachung dieser Teile dadurch ersetzt werden, dass sie während der Dienststunden zur Einsicht im Dienstgebäude der Gemeinde Lindern (Oldb) ausgelegt

werden. In der Satzung oder Verordnung wird der Inhalt dieser Bestandteile grob umschrieben. Bei Veröffentlichung der Satzung oder Verordnung wird auf die Ersatzbekanntmachung mit Ort, Zeitpunkt und Dauer hingewiesen.

3. Sonstige Bekanntmachungen sind ebenfalls in der "Münsterländischen Tageszeitung" zu veröffentlichen. Die Regelung über die Ersatzbekanntmachung gem. Abs. 2 gilt entsprechend
4. Bekanntmachungen werden ohne Rechtswirkung für die Dauer von zwei Wochen an den Bekanntmachungstafeln im Rathaus und an der Kirche ausgehängt.

§ 10

Bezirksvorsteher

1. Für abgegrenzte Bezirke der Gemeinde Lindern können Bezirksvorsteher vom Rat bestellt werden. Sie übernehmen vom Bürgermeister zugewiesene Aufgaben der Gemeinde.
2. Die Bezirksvorsteher sind ehrenamtlich Tätige im Sinne des § 38 NKomVG. Die Bestellung erfolgt auf Zeit.

§ 11

Funktionsbezeichnungen in weiblicher Form

Funktionsbezeichnungen, die in dieser Hauptsatzung oder in sonstigen Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen der Gemeinde in männlicher Form bezeichnet sind, werden im amtlichen Sprachgebrauch in der jeweils zutreffenden weiblichen oder männlichen Sprachform verwendet.

§ 12
Inkrafttreten

Diese Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung der Gemeinde Lindern (Oldb) vom 14.07.1999, zuletzt geändert durch Satzung vom 06.10.2010, außer Kraft.

Lindern, den 19.12.2011

Gemeinde Lindern (Oldb)

Rainer Rauch
Bürgermeister

Gemeinde Lindern (Oldb)
Der Bürgermeister

Lindern, den 19.12.2011

Die vorstehende Neufassung der Hauptsatzung der Gemeinde Lindern (Oldb) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Rauch